



www.laender-analysen.de/ukraine

ALLTAGSKORRUPTION UND KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

■ ANALYSE		
Informalität an höheren Bildungseinrichtungen der Ukraine		2
Von Abel Polese und Tetiana Stepurko, Kiew		
■ ANALYSE		
Korruptionsbekämpfung auf Ukrainisch: Neue Elemente		6
Von Jewgenij Zacharow, Charkiw		
■ UMFRAGE		
Korruption und Korruptionsbekämpfung in der Ukraine 2007 bis 2015		11
■ RANKING		
Einschätzung des Ausmaßes von Korruption durch Experten		16
<hr/>		
■ CHRONIK		
26. September – 9. Oktober 2016		17

Informalität an höheren Bildungseinrichtungen der Ukraine

Von Abel Polese und Tetiana Stepurko, Kiew

Zusammenfassung

Korruption wird in der Ukraine genauso wie in den meisten ehemaligen Sowjetrepubliken als großes Problem angesehen. Häufig sind informelle Zahlungen eher die Regel als die Ausnahme. Der vorliegende Beitrag illustriert diese Situation am Beispiel des Studiums und diskutiert die gesellschaftlichen Folgen.

Einleitung

Ein Taxifahrer erzählte auf dem Weg vom Flughafen Borispyl nach Kiew, dass er seinen Sohn auf die Universität von Cherson schickt, »weil die Einschreibung dort billiger ist als in Kiew«. Auf die Frage, warum sein Sohn einen Uniabschluss braucht, antwortete er freimütig, ohne könnte er nicht einmal in einem Supermarkt arbeiten.

Durch den hohen symbolischen Stellenwert von höherer Bildung, der im Erbe der Sowjetkultur verankert ist, werden selbst bei Stellen, die kein Hochschulstudium verlangen, Bewerber mit einem höheren Abschluss bevorzugt. Weil Eltern und Studierende wissen, dass ein Universitätsabschluss auf dem Arbeitsmarkt immer ein Wettbewerbsvorteil ist, kämpfen sie darum, an einer möglichst guten Universität aufgenommen zu werden. Diese Situation wird durch die mangelnde Verfügbarkeit und das in der Regel geringere Ansehen von technischen Instituten und Berufsschulen noch verschärft.

Dazu muss gesagt werden, dass Bildung und auch höhere Bildung in der Ukraine theoretisch gebührenfrei sind – jedenfalls offiziell gemäß der Verfassung des Landes. Unser Taxifahrer hat sich also nicht auf offizielle Studiengebühren, sondern auf eine Art inoffizielle Zahlung bezogen, die notwendig ist, um an einer höheren Bildungseinrichtung studieren zu können.

Die Thematik ruft eine große Bandbreite von Reaktionen hervor, die sich zwischen zwei Extrempositionen bewegen. Die eine erkennt den insgesamt negativen Effekt der Korruption an und geht davon aus, dass informell geleistete Zahlungen – wie gering sie auch sein mögen – das Potential haben, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zu unterminieren, und dass sie insgesamt verurteilt werden sollten. Einige Wissenschaftler und Analysten gehen so davon aus, dass die routinemäßigen Praktiken des Gebens und Nehmens das System unterminiert haben und eine institutionalisierte und weitverbreitete Korruption haben entstehen lassen, die sofort beseitigt werden sollte.

Tatsächlich wird für die Ukraine ein großes Ausmaß an Korruption verzeichnet, Transparency International führt die Ukraine 2016 im Index der Korruptionswahrnehmung auf dem 130. von 168 Plätzen, gleichauf mit Nepal, Kamerun und Iran. Russland, Moldawien und

Belarus gelten als weniger korrupt. Nach einer früheren Erhebung von Transparency International in der Ukraine gehören das Bildungswesen und das Gesundheitssystem zu den korruptesten Bereichen des Landes, darauf folgen Justiz, Parlament und Polizei.

Die zweite, entgegengesetzte Perspektive auf die informellen Strukturen leugnet die Existenz dieser Praktiken nicht, sondern verortet sie in einem größeren Rahmen. Die Abwesenheit des Staates in manchen Bereichen oder Teilbereichen des öffentlichen Lebens mache eine persönliche informelle Absprache zwischen Individuen möglich und auch sinnvoll, um mit den vielfachen Fehlern eines Systems umzugehen, in dem der Staat als schwach oder funktionsunfähig wahrgenommen wird.

Das Milieu der Korruption

Das Gesundheitswesen ist, was das Ausmaß der Korruption angeht, wohl der schlimmste Bereich. In einer 2015 vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie durchgeführten Umfrage gaben 69 % der Befragten an, für Gesundheitsleistungen bestochen zu haben, danach kommen Oberschulen (64 %), gefolgt vom Umgang mit der Polizei (51 %) und mit Angestellten höherer Bildungseinrichtungen (49 %). Auf der anderen Seite geben 57 % der Vertreter von Oberschulen, 32 % der Angestellten im Gesundheitsbereich und 23 % der Inspektoren der Gesundheitsämter an, dass ihnen über Jahre hinweg informelle Zahlungen angeboten worden seien.

Im Bildungsbereich zeigen sich zwei unterschiedliche Wahrnehmungen: Einerseits gilt er als stark von Korruption geprägt. Andererseits wird er als einer der Bereiche geführt, in denen die informellen Zahlungsangebote am stärksten zurückgegangen sind. Dennoch werden für diverse Dienstleistungen immer noch häufig informelle Zahlungen gefordert, direkt oder indirekt. Und so geben auch unabhängige Berichte die Korruption an höheren Bildungseinrichtungen (an Universitäten und unter ihren Lehrenden) mit 47 % an, wobei 44 % der Universitätsabsolventen und Studierenden sowie 36 % der Studierenden an Fachhochschulen angeben, diese Tendenz bekämpfen zu wollen.

Zufall oder nicht, Gesundheitswesen und Bildungssystem sind die Bereiche, in denen der Staat für Organisation und Finanzierung eine große Rolle spielt: Die

meisten Gesundheitseinrichtungen wie auch die meisten Schulen und Universitäten sind staatlich. Der Staat zahlt dort die Gehälter (die unter dem durchschnittlichen Lohn in der Wirtschaft liegen). Daran zeigt sich in unseren Augen, dass das in den staatlichen Bereichen herrschende Missmanagement möglicherweise zu informellen Strukturen führt, die all jene Probleme bewältigen sollen, die die begrenzten staatlichen Managementkapazitäten nach sich ziehen.

Eine faire Bewertung von Korruption und informellen Strukturen im Bereich der höheren Bildung sollte zwischen informellen Zahlungen und Korruption kritisch unterscheiden und auch deren jeweilige Ursprünge und Konsequenzen in den Blick nehmen. Die am weitesten verbreitete Definition von Korruption, die häufig und unter anderem auch von der Weltbank genutzt wird, ist »die Verwendung öffentlicher Ämter zum persönlichen Vorteil«, während unter informellen Strukturen in der Regel Aktivitäten verstanden werden, die nicht vom Staat reguliert werden oder für diesen unsichtbar sind. Der Begriff Korruption geht normativ davon aus, dass der Staat immer und überall zugegen ist (öffentliches Amt meint, dass die betreffende Person für den Staat arbeitet), der Begriff der informellen Strukturen tut das nicht. Er geht vielmehr davon aus, dass der Staat Transaktionen nicht unter Kontrolle hat oder beobachtet, wobei das die Fälle einschließt, in denen der Staat abwesend oder handlungsunfähig ist.

Was ist die Funktion der informellen Strukturen in den höheren Bildungseinrichtungen der Ukraine? Sprechen wir über ein wirtschaftliches Phänomen oder gehört mehr dazu?

Informelle Zahlungen und Gegenmaßnahmen

Informalität in der höheren Bildung umfasst eine Reihe von Praktiken: einmalige und fortlaufende Zahlungen für Lehre und Lehrmittel; Zahlungen für die Beschleunigung von Zulassungsverfahren ohne Erfüllung der Kriterien (staatliche Prüfungen); Zahlungen dafür, noch als Student eingeschrieben zu sein, obwohl man sich bereits in einem Arbeitsverhältnis befindet; das Vertuschen nicht leistungsbasierter Zulassung durch verschiedene Fakultäten, indem die studentischen »Kunden« auf Quid-pro-quo-Basis angenommen werden; Zahlungen an Lehrende und andere Studierende für die Anfertigung von Prüfungsleistungen für Lehrveranstaltungen. Der extremste, aber keinesfalls seltene Fall ist der Erwerb eines Abschlusses durch reiche Studierende, die nicht eine einzige Lehrveranstaltung besucht haben.

In einer von uns in Auftrag gegebenen Umfrage, die das Kiewer Internationale Institut für Soziologie 2012 durchführte, haben wir eine ablehnende Haltung

gegenüber informellen Zahlungen im Bereich der höheren Bildung aufgezeigt. Nur 3 % der Befragten hielten informelle Zahlungen an Lehrende für notwendig, 29 % vertraten eine fatalistischere Position und hielten sie für einen »Teil des Systems«. Ablehnung war jedenfalls die insgesamt vorherrschende Einstellung. Nur 9 % der Befragten hielten informelle Zahlungen für die einzige Überlebenschance von Lehrenden an Universitäten, 59 % sahen sie als Zeichen für einen Niedergang des Landes. In einer weiteren Frage wurden informelle Zahlungen von 44 % der Befragten auch mit Schande assoziiert. Außerhalb des universitären Umfelds sahen sie allerdings 38 % als Teil des zum Überleben notwendigen Systems an.

Manche Lehrenden verweigern so die Annahme von Bestechungsgeld. Dies kann aber auch zu Druck von Seiten der Universität führen. Zum einen wird dadurch das System der Korruption gefährdet, aus dem andere Lehrende ihr Einkommen beziehen. Zum anderen bedeuten Studierende auch Einnahmen für Universitäten und so kann es passieren, dass ein Lehrender, der einen Student immer wieder durchfallen lässt, von der Verwaltung unter Druck gesetzt wird, wenn diese befürchtet, der Student könnte komplett aus der Universität ausscheiden.

Es gab einige Bemühungen zur Bekämpfung dieser Tendenzen. Die Gründung der externen unabhängigen Evaluation (*zovnishnie nezalezhne otsiniuvannia* – ZNO) zielte darauf ab, die Zulassungsverfahren transparenter zu gestalten, indem sie für jeden Studienbewerber verpflichtend eingeführt wurden.

Das Gesetz von 2014 zur höheren Bildung sollte die Autonomie der Universitäten stärken und sie in die Lage versetzen, die mit Informalität verbundenen Probleme eigenständig zu lösen anstatt zentral ausgegebene Anweisungen auszuführen. Zusätzlich wurde Prozorro – ein elektronisches System zur Vergabe öffentlicher Aufträge – eingeführt, um die Verwendung staatlicher Gelder transparenter zu gestalten.

Informelle Zahlungen und Solidarität

In einer weiteren kürzlich durchgeführten Untersuchung stellten wir zwei Tendenzen fest, die helfen können, etwas Licht ins Dunkel der informellen Praktiken und ihrer Bedeutungen zu bringen. 84 % der Befragten stimmten der Behauptung, der Staat handle in ihrem Interesse, nicht zu, 79 % denken, die Regierung tue nicht das Beste fürs Land, und 76 % haben nicht das Gefühl, der Staat würde sie beschützen.

Diesen Ergebnissen und dem fehlenden Vertrauen in den Staat steht ein wachsendes Vertrauen in die Mitbürger oder zumindest ein Gefühl der Solidarität gegenüber. Bis zu 100 % der Befragten (in den Regionen Winnyzja,

Iwano-Frankwisk und Kirowograd) gaben an, es sei wichtig oder sehr wichtig, sich gegenseitig zu helfen, und 84% glaubten, dass persönliche Kontakte entscheidend für den Zugang zu Dienstleistungen und Informationen sind.

Können informelle Zahlungen in der höheren Bildung als Ausdruck sozialer Solidarität verstanden werden? Kann möglicherweise festgehalten werden, dass die Bürger unzufrieden damit sind, dass sie zahlen müssen, dass sie das als beschämende Praxis ansehen, es aber dennoch tun, weil sie es als Möglichkeit der Einkommensumverteilung an öffentliche Angestellte ansehen, die nicht genug verdienen? Als erstes möchten wir darauf hinweisen, dass informelle Zahlungen in höheren Bildungseinrichtungen zwar häufig, jedoch nicht notwendigerweise systematisch sind. Oder, in den Worten eines ehemaligen Studenten: »Als ich studiert habe, gab es zwei Möglichkeiten, eine Abschlussprüfung zu bestehen. Entweder viel Arbeit ins Studium zu stecken oder zu zahlen und den Abschluss zu kaufen. Mit dieser Wahl unterschieden sich letzten Endes diejenigen, die sich von dem erworbenen Wissen Vorteile für ihre Arbeit erhofften, von denen, die sich einfach nur einen Abschluss an die Wand hängen wollten. Ich habe allerdings auch Studierende gesehen, die in einem anderen Bereich zu arbeiten anfangen, als der, in dem sie ihren Abschluss gemacht hatten.«

Ein Dozent berichtete von einem interessanten Ansatz: »Es gibt Studierende, die eine Prüfung bestehen müssen, um einen Abschluss zu bekommen. Ich weiß, dass sie früher oder später bestehen werden, und ich weiß auch, dass es nicht ihre Schuld ist, dass sie gezwungen sind, einen Abschluss zu machen, um später zu arbeiten, denn in der Ukraine ist es undenkbar, ohne universitäre Ausbildung einen Job zu bekommen. Ich werde die Studierenden über kurz oder lang bestehen lassen und mich nicht schlecht fühlen, wenn sie am nächsten Tag mit einer Schachtel Schokolade oder einer Flasche Cognac zu mir kommen.«

Lehrende sind an Einkommen studentischen Ursprungs nicht immer interessiert, sie werden jedoch unter Umständen von Seiten der Verwaltung unter Druck geraten, Studierende nicht durchfallen zu lassen. Eine kreative Option, um den Druck der Verwaltung zu verringern ohne das Berufsethos zu verletzen, ist es, Studierende zu bitten, das Geld, das sie zur Bestechung aufwenden würden, zum Kauf neuer Bücher für die Bibliothek zu verwenden. Der clevere Informant berichtete in diesem Zusammenhang von mehreren Vorteilen: 1. Studierende, die das Studieren gar nicht gewohnt sind, lernen so, dass es eine Bibliothek gibt und dass dort Bücher verfügbar sind, und sie gehen zumindest einmal dorthin. 2. Sie müssen herausfinden, welche

Bücher fehlen. 3. Die Bestände wachsen und die Bibliothek kann eine größere Auswahl anbieten.

Die Ukraine ist nicht der einzige Ort, an dem multiple Moralvorstellungen nebeneinander existieren oder an dem sich die Kluft zwischen staatlicher und individueller Moral so einfach erkennen lässt – vielleicht sollte man Moralvorstellungen sagen, denn verschiedene Individuen beziehen sich unter Umständen auf verschiedene moralische Prinzipien. So wird der Großteil der Angestellten wahrscheinlich in Situationen gewesen sein, in denen ihnen informell Geld oder Geschenke gegeben wurden. Unter diesen Personen wird es jedoch eine eigene Rangordnung geben, wobei zu denen aufgeschaut wird, die Geschenke oder Zahlungen nur in speziellen Fällen annehmen, und auf andere herabgeblickt wird, die sie als Teil ihrer täglichen Routine verlangen oder gar Situationen schaffen, in denen sich Studierende unter Druck gesetzt fühlen zu zahlen.

Auch an anderen Indikatoren wird die Moral von Kollegen bewertet. Findet die Gegenleistung für einen »Service« vor oder nach dem Service selbst statt? Denn müssen Studierende nach dem Service zahlen, steht es ihnen mehr oder weniger frei, nach der Prüfung zu verschwinden – ein Umstand, der zeigt, dass die Hauptmotivation der Lehrenden nicht das Geld war. Letztlich verdeutlicht die folgende Definition die Perspektive der Lehrenden aber immer noch am besten: »Wenn ich es bekomme, ist es ein Geschenk. Wenn ich es verlange, ist es Bestechung.«

In einer Studie von 1959 über Fabrikarbeiter in den USA wurde festgestellt, dass manche Firmen gegenüber Arbeitern, die einige kleinere Gegenstände von ihrem Arbeitsplatz mit nach Hause nehmen, ein Auge zudrücken. Das wurde als Zugeständnis zur Kompensation ihres geringen Lohns angesehen oder als Zulage für das Arbeiten in einem Umfeld, das die Arbeiter nicht so entlohnt, wie sie es erwarten. An diesem Beispiel kann die Perversität der ukrainischen Situation erklärt werden: Die Lehrenden sind unterbezahlt, der Staat drückt dafür ein Auge zu, was die informellen Praktiken angeht. Kontrollen werden verstärkt, hauptsächlich jedoch für Institutionen, die im Rampenlicht stehen. Gleichzeitig werden mehr dezentrale Bildungsinstitute sich selbst überlassen und sind freier, Vergünstigungen zu verteilen. In größeren Städten gibt es entsprechend dieser Logik stärkere Kontrollen, was zu größeren Risiken sowie dazu führt, dass das Personal nur noch für höhere Beträge bereit ist, diese Risiken einzugehen. Beträge, die unser Taxifahrer nicht hat, so dass er seinen Sohn nach Cherson in die Provinz schicken muss.

Schlussfolgerungen

Und wie sieht nun das Schicksal des Sohns unseres Taxifahrers aus? Wie stehen die Chancen, dass er mit sei-

nem Cherson-Abschluss bald eine ordentliche Arbeit findet? Da ein Universitätsabschluss ja eher eine formale oder kulturelle als eine fachliche Bedingung ist, lautet unsere Prognose, dass es früher oder später für ihn klappen wird, indem er es irgendwie schafft, einen Abschluss zu bekommen, und er dann über sein Netzwerk einen Job sucht. Die Funktion von höherer Bildung ist es vielleicht sogar eher, ein Netzwerk aufzubauen, als sich Wissen anzueignen. Wie ein anderer Informant berichtete: »Meine Tochter will einzig und allein heiraten, also habe ich sie an einer Uni eingeschrieben. Ziel ist es nicht, einen Abschluss zu machen. Meine Hoffnung ist vielmehr, dass sie durch ihr soziales Leben irgendwann jemanden trifft, den sie mag. Wenn ich eine gute Uni aussuche, auf die gebildete Leute gehen, wird sie hoffentlich jemand Gutes finden.«

Für viele Ukrainer, aber auch ehemalige Sowjetbürger erfüllen höhere Bildungseinrichtungen die Funktion eines Übergangsritus, eines notwendigen Schritts im Leben, und sie stehen auf jeden Fall für eine Zeit, an die sie gute Erinnerungen haben werden. Sie sind, anders gesagt, eine Investition wert.

Die Frage ist allerdings, ob Universitäten der richtige Ort für diesen Ritus sind und ob so viel Zeit und Geld aufgewendet werden müssen, um diese Phase zu durchlaufen. Vielleicht könnten soziale oder Sportver-

eine, Berufsausbildungen oder andere nicht formale Wege des Lernens wie Pfadfinder- oder Pionierorganisationen die gleiche Funktion erfüllen.

Das Problem ist hierbei, dass informelle Strukturen, und besonders Bestechung und informelle Zahlungen, nicht nur ethische Implikationen mit sich bringen und die Professionalität sowie akademische Werte gefährden; sie verstärken auch die Skepsis gegenüber dem gesamten System, den herrschenden Eliten und dem Staat im Besonderen. Unsere Untersuchung hat das für die Ukraine deutlich gezeigt.

Ein disfunktionales Bildungswesen untergräbt die Legitimität des Staates und birgt das Risiko, den Staat von seinen Bürgern noch mehr zu entfremden. Nun, die Bürger werden irgendwie überleben und der Staat wird es auch. Man kann sich aber leicht vorstellen, dass eine glückliche Ehe besser funktionieren würde, als getrennt unter einem Dach zu leben. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Das Hauptproblem sind nicht die informellen Strukturen an sich, es sind vielmehr die Entfremdung und die fehlende Interaktion zwischen denen, die etwas zum Staat beitragen sollten, und dem Staat selbst. Sollten die politischen Eliten das nicht begreifen, werden es hoffentlich zumindest die Taxifahrer und ihre Kinder tun.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autoren

Abel Polese ist Wissenschaftler und Entwicklungshelfer. Er verbringt seine Zeit abwechselnd in Europa, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und in Südostasien und interessiert sich für Theorie und Praxis des Regierens und für Struktur- und Kompetenzentwicklung von Zivilgesellschaften und Forschungsorganisationen. Twitter: [@Abiquitous](#)
Tetiana Stepurko ist Leiterin des Masterprogramms und Hochschuldozentin an der Schule für öffentliche Gesundheit an der Nationalen Universität von Kiew – Mohyla Akademie (Ukraine) und Koordinatorin des ukrainischen Gesundheitsindex.

Korruptionsbekämpfung auf Ukrainisch: Neue Elemente

Von Jewgenij Zacharow, Charkiw

Zusammenfassung

Korruption wird als das Problem in der Ukraine schlechthin angesehen, gleichauf mit der Annexion der Krim und dem militärischen Konflikt im Osten des Landes. Nichtsdestotrotz scheint auf den ersten Blick alles beim Alten. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings ein weniger simples und trübes, sondern eher mosaikhaftes Bild von Reformen und Widerstand korrupter Netzwerke. Der vorliegende Beitrag gibt deshalb einen Überblick über Fortschritte und Rückschläge der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine.

Einleitung

Nach wie vor dominiert in der öffentlichen Meinung in der Ukraine die Position, dass so viele in Korruption involvierte Menschen wie möglich hinter Gitter gebracht werden müssen. Jede Aufdeckung von Korruption erhält allgemeinen Applaus, gleichzeitig blüht die massenhafte Korruption: Oligarchen haben ihre Vertreter in der Regierung, um Steuerzahlungen zu vermeiden; öffentliche Gelder werden in korrupten Vergabeverfahren gewaschen; staatliche Monopolbetriebe lassen Gelder und Sachwerte über Tochterfirmen verschwinden; die Ablehnung von Korruptionsermittlungen wächst; die Polizei bietet kriminellen Geschäften »Schutz«; Arbeitsplätze können käuflich erworben werden; und die Höhe der Bestechungsgelder steigt weiter ...

Es gibt aber auch Beispiele für Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung: Das Justizministerium hat die meisten seiner Register geöffnet, die Eigentumsregister sind nun frei zugänglich. So können Einnahmen und Ausgaben der Behörden verglichen werden, und genau das wird die neugeschaffene Nationale Agentur zur Korruptionsprävention systematisch tun. Es wurde ein elektronisches System zur Abgabe der Steuererklärung eingeführt, das die Entlassung von Offiziellen nach sich zog, die seine Anwendung verweigerten. Ein Gesetz über die staatliche Finanzierung von politischen Parteien und Wahlkämpfen wurde verabschiedet, das die politische Korruption zurückdrängen soll. Ein weiteres Gesetz beauftragt die Nationale Agentur zur Korruptionsprävention, kriminell erwirtschaftete Vermögen aufzuspüren, zu erfassen und zu konfiszieren; es wurde mit der Schaffung einer neuen Agentur begonnen, die diese kriminell erworbenen Vermögen an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückführen soll. Außerdem wurde ein Gesetz zum Staatlichen Ermittlungsbüro erlassen. Antikorruptionsstellen haben ihre Arbeit aufgenommen und das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) kann erste Ergebnisse vorweisen. Es gibt mittlerweile eine spezielle Staatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung und den dem Präsidenten unterstellten Nationalrat zur Korruptionsbekämpfung. Die Zahl der wegen

Korruptionsvergehen verfolgten Beamten ist deutlich angestiegen.

Derzeit versucht das kleptokratische System, die aktuelle Situation zur persönlichen Bereicherung aufrechtzuerhalten, registriert die Bedrohung seiner Existenz und widersetzt sich ihr mit verschiedenen Mitteln. Diese Prozesse sollen hier überblickshaft dargestellt werden.

Der Nationalrat zur Korruptionsbekämpfung

Der dem Präsidenten der Ukraine unterstellte Nationalrat zur Korruptionsbekämpfung ist ein Beratungsorgan bezüglich der Definition, Aktualisierung und Verbesserung von Strategien der Korruptionsbekämpfung. Seine konstituierende Sitzung fand am 8. Oktober 2015 statt – auf Grundlage eines bereits ein Jahr vorher unterzeichneten Erlasses des Präsidenten. Der Auswahlprozess für die Mitglieder des Rates dauerte ein Jahr. Den Vorsitz übernahm der Parlamentsabgeordnete Mustafa Dschemiljew, ein sehr angesehener Sowjetdissident und Vertreter der Krimtataren. Unter den 22 Mitgliedern des Nationalrats sind zwei Stellvertretende Vorsitzende der Präsidialverwaltung, außerdem Parlamentarier, Regierungsangehörige, Vertreter der Polizei, Experten, Wissenschaftler und Bürgerrechtsaktivisten. Anzumerken ist, dass das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) nicht im Rat vertreten ist, die Generalstaatsanwaltschaft durch den Ersten Stellvertretenden Generalstaatsanwalt jedoch schon.

Der Rat tagt alle drei Monate. Präsident Petro Poroschenko hat bisher an drei Sitzungen teilgenommen. Auf der ersten Sitzung erklärte er, er erwarte »Vorschläge zur Bestimmung, Aktualisierung und Verbesserung der Antikorruptionsstrategie und zur Prävention und Bekämpfung der Korruption in der Ukraine«. In der Folgezeit wurde deutlich, dass der Präsident vom Parlament eine schnelle Annahme des Gesetzes zur Schaffung einer Staatlichen Untersuchungsbehörde für Korruptionsfälle erwartete; vom Innenministerium erwartete er eine schnelle Besetzung dieser Stelle mit Personen aus der Führungsebene der Nationalpolizei; von der Staats-

anwaltschaft die Besetzung der Antikorruptionsposten im Oktober 2015; vom Nationalen Antikorruptionsbüro bereits nach einem Monat konkrete Fälle. Gleichzeitig erwartete er vom Parlament allerdings die schnelle Annahme eines Gesetzes, das beim Vorwurf von Korruptionsvergehen die Möglichkeit abschafft, auf Kautionsfreizukommen – was ein Verstoß gegen Artikel 5 der Europäischen Konvention ist. Die fehlende Freilassung auf Kautionsfreizwingt die Richter, alle Angeklagten, denen Korruptionsvergehen vorgeworfen werden, in Untersuchungshaft zu nehmen. Letztlich wurde die Möglichkeit der Freilassung auf Kautions tatsächlich abgeschafft.

Auf Kritik von Experten und Bürgerrechtsaktivisten wurde mit Ablehnung und Irritation reagiert. Es sagt einiges aus, dass es von Seiten des Präsidenten nur über die erste Sitzung einen Bericht gibt. Man hat den Eindruck, dass der Nationalrat für die Korruptionsbekämpfung im Augenblick wenig Bedeutung hat.

Die Gründung des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU)

Das NABU ist ein Strafverfolgungsorgan, das bevollmächtigt und beauftragt ist, Korruptionsvergehen staatlicher Organe – vor allem unter Staatsangestellten im gehobenen und höheren Dienst – aufzudecken, zu untersuchen, zu verhindern und zu beenden.

Am 16. April 2015 ernannte Präsident Poroschenko nach einer öffentlichen Ausschreibung den 35-jährigen Rechtsanwalt Artem Sytnyk zum Direktor des NABU, der von 2001 bis 2011 als Ermittler für die Staatsanwaltschaft gearbeitet hat. Am gleichen Tag unterschrieb der Präsident den Erlass zur Gründung des NABU. Der Auswahlprozess wurde in der [Ukraine-Analyse Nr. 153](#) beschrieben.

Das NABU wurde von Grund auf neu geschaffen. Am 14. Mai 2015 entschied die Regierung, ihm renovierte Räumlichkeiten von 7.000 Quadratmetern Fläche zur Verfügung zu stellen. Am 6. Juni 2015 formierte sich ein an den NABU angegliederter Öffentlicher Aufsichtsrat und das Bewerbungsverfahren für die Mitarbeiterstellen lief an. Am 15. September 2015 legten die ersten 25 NABU-Ermittler ihren Amtseid ab. Am 1. Oktober nahmen 70 Ermittler ihre Arbeit auf, die jedoch in den ersten zwei Monaten nur begrenzt tätig werden konnten, da die spezielle Staatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung noch fehlte, ohne die das NABU seine Funktionen nicht ausüben kann. Der Direktor dieser Staatsanwaltschaft, Nazar Cholodnitski, wurde am 30. November 2015 ernannt und schon am 4. Dezember reichten NABU-Ermittler beim Gemeinsamen Ermittlungsverfahrensregister die ersten vier Strafverfahren ein. Bis Anfang Januar 2016 hatten sie bereits über zwanzig Verfahren eingeleitet, eines davon gegen den Obersten

Militärstaatsanwalt der Militäroperation im Donbass, Kostantin Kulyk, der den Ursprung des Geldes nicht erklären konnte, mit dem er und einige nahe Verwandte 2014 und 2015 mehrere Luxuswohnungen und -autos gekauft hatten. Anfang Februar ermittelte das NABU bereits in 50 Verfahren mit einem Schadenswert von umgerechnet etwa 35 Mio. Euro.

Von Anfang an wurde das NABU dafür kritisiert, wie langsam es ins Leben gerufen wurde. Eine sorgfältige Auswahl aller seiner Mitarbeiter über ein Bewerbungsverfahren unter Beteiligung eines Öffentlichen Aufsichtsrats ist aber das beste Auswahlverfahren, und es nimmt Zeit in Anspruch. Es gibt in der Ukraine keine kompliziertere Bewerbung als die für das NABU. Die Kandidaten durchlaufen Tests zur ihrer Kenntnis der Rechtslage und zu allgemeinen Kompetenzen, und nur wer in beiden Bereichen gute Ergebnisse hat, wird zum Interview eingeladen. Im Interview befragen Mitglieder der Bewerbungskommission, die im NABU arbeiten, die Kandidaten zu ihrer beruflichen Arbeit, Mitglieder des Öffentlichen Aufsichtsrats kontrollieren ihre Biographien und Einkommensteuererklärungen. Alle Kandidaten, die zum Gespräch eingeladen wurden, durchlaufen außerdem einen Lügendetektortest und eine weitere spezielle Überprüfung. Dieses anspruchsvolle Verfahren ist vielleicht der Grund dafür, dass viele junge Menschen zwischen 23 und 25 Jahren im NABU arbeiten.

27.000 Kandidaten haben sich im Rahmen des NABU-Auswahlverfahrens beworben, dennoch fand sich nur eine kleine Anzahl qualifizierter Leute, die das kleptokratische System nicht hatte korrumpieren können. Ein Großteil der Kandidaten schied mit schlechten Noten in der Testphase aus. So sollten beim zweiten Auswahlverfahren hundert Ermittler rekrutiert werden, es konnten jedoch nur 60 angenommen werden. Daher waren zum 11. September 2016 von den 700 geplanten Mitarbeitern (der Obergrenze für den NABU) erst 517 eingestellt, 201 davon Ermittler. Die regionalen Zweigstellen des NABU in Lwiw, Odessa und Charkiw wurden bis dato nicht gegründet. Jede dieser Zweigstellen soll 25 Mitarbeiter haben, jeweils 17 davon Ermittler. Der Leiter der Zweigstellen in Lwiw wurde bereits ernannt, es ist der 33-jährige Rechtsanwalt Taras Lopuschanski, der drei höhere Abschlüsse besitzt und zuvor noch kein öffentliches Amt bekleidet hat. Die Bewerbungsverfahren für die Leiter in Charkiw und Odessa laufen noch.

Strafverfahren durch das NABU

Innerhalb des Zentralbüros des NABU gibt es 17 eigenständige Unterabteilungen. Die größte NABU-Einheit ist die Ermittlungseinheit für Strafverfahren. Sie hat ihre Arbeit im Januar 2016 aufgenommen. Für jeden

Einzelfall wird eine Gruppe aus ehemaligen Einsatzoffizieren und Ermittlern gebildet. Das löst das Problem, dass bei ermittlerischen Tätigkeiten stets beide Funktionen kombiniert zum Einsatz kommen müssen. Es gibt jedoch bislang keine Gesetzgebung in Bezug auf die Ermittler, und professionelle Schulungen wurden noch nicht durchgeführt.

Bis zum 11. September 2016 haben NABU-Ermittler 206 Ermittlungsverfahren eingeleitet, 102 Anzeigen gegen verdächtige Personen wurden erstattet. Gegen 33 Personen wurde bereits Anklage erhoben und 31 Fälle gingen ans Gericht. Weitere 40 Fälle standen kurz vor der Anklageerhebung vor Gericht. Fünf Gerichtsurteile über NABU-Fälle sind bereits gefällt worden.

Die ersten durch Korruption erworbenen Gelder – insgesamt umgerechnet etwa 1,5 Mio. Euro – wurden der Staatskasse infolge der Ermittlungen bereits zurückgegeben. In einem Fall wurden von Mitarbeitern der Staatlichen Getreidegesellschaft umgerechnet 350.000 Euro freiwillig zurückgezahlt, in einem anderen wurden von Mitarbeitern des regionalen Energieunternehmens in Zaporizhyya gut 1 Mio. Euro gezahlt, nachdem gegen den ehemaligen Parlamentsabgeordneten Dmitri Krjutschkow Anklage erhoben worden war. Weitere 350.000 Euro stehen in diesem Fall noch zur Rückzahlung aus, nachdem fünf Klagen akzeptiert und die entsprechenden Anweisungen erteilt worden sind. Die Gerichtsurteile sollten in näherer Zukunft umgesetzt werden. Zudem wurde eine beträchtliche Menge an Geld und Sachwerten von Personen, gegen die Ermittlungsverfahren laufen, auf Antrag des NABU eingefroren. Wann diese Werte die Staatskassen erreichen, hängt davon ab, wann die Gerichte die entsprechenden Fälle abschließen.

Leider werden die Prozesse von den Gerichten verschleppt und es entsteht der Eindruck, dass das manchmal mit Absicht geschieht. Es wäre daher sinnvoll, spezielle Antikorruptionsgerichte unter Beteiligung ausländischer Experten einzuführen. Diese Idee wird von der EU unterstützt, wie der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik, Johannes Hahn, erklärte. Er versprach außerdem Hilfe bei der Schaffung der entsprechenden Gesetzgebung und der Auswahl der Richter. Auch in einem weiteren Punkt stellte die EU Unterstützung für NABU und Korruptionsstaatsanwaltschaft in Aussicht, nämlich beim direkten Abhören von Telefonen (nicht über den SBU, den Geheimdienst der Ukraine). Das soll den Informationsfluss sichern, wenn das NABU etwa in Korruptionsfällen ermittelt, in die der Geheimdienst verstrickt ist. Dafür muss das Parlament aber noch den entsprechenden Gesetzesentwurf verabschieden.

Kontrollen durch das NABU

Die Abteilung für Analyse und Informationsdienste des NABU arbeitet eng mit den Ermittlern zusammen. 30 Mitarbeiter kontrollieren die Richtigkeit der Einkommensteuererklärungen. Sie wurden von britischen Finanzermittlern aus den Bereichen Korruption und Geldwäsche geschult.

Die Steuererklärungen von über 1.000 Richtern wurden bereits kontrolliert. Durch Zugang zu den Registern für Immobilien- und Grundbesitz, Fahrzeuge und durch den Zugang zum Vollmachtenregister und zu anderen Registern konnten sie feststellen, dass etwa 30 Prozent der Steuererklärungen der Richter falsche Angaben enthalten. Diesen Richtern wurde die Eignung nicht mehr bescheinigt und sie wurden in ihren Ämtern nicht bestätigt. Das am 1. September 2016 eingeführte elektronische Steuererklärungssystem hat die Überprüfung der Steuererklärungen erheblich vereinfacht.

Als bestes Beispiel für den Paradigmenwechsel in der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine gilt der viel beachtete NABU-Fall, anhand dessen die Methoden des Erdgas-Unternehmens UkrGasVydobuvannya zur Unterschlagung staatlicher Gelder aufgedeckt wurden. Der Parlamentsabgeordnete Oleksandr Onyschtschenko wird verdächtigt, in die Vorgänge involviert zu sein. Dem NABU gelang es innerhalb kurzer Zeit, zwölf Verdächtige festzunehmen, von denen fünf ausgesagt und einer Zusammenarbeit mit den Ermittlern zugestimmt haben. Die Verhaftung des Hauptverdächtigen erwies sich jedoch als unüberwindbare Hürde. Onyschtschenko blockierte zweimal eine Parlamentsentscheidung zur Aufhebung seiner Immunität, und als er einsehen musste, dass die Entscheidung beim dritten Mal durchkommen würde, floh er aus dem Land. Derzeit hat er in Großbritannien politisches Asyl beantragt. Im Oktober muss Interpol bekanntgeben, ob er auf die internationale Fahndungsliste gesetzt wird oder nicht.

Ein weiterer NABU-Fall, der für viel öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt hat, ist die Dokumentation einer Bestechungssumme von 150.000 US-Dollar, die der berüchtigte Kiewer Richter Mykola Claus angenommen hat. Auch er benutzte allerdings seine Immunität um zu fliehen, in diesem Fall auf die Krim.

Es mussten aber auch viele hochrangige Staatsvertreter Ermittlern und Gerichten wegen ihrer Korruptionsvergehen Rede und Antwort stehen.

Behinderung des NABU

Durch die Existenz des NABU verlor die Staatsanwaltschaft das Monopol auf die Verfolgung von durch Staatsbedienstete begangene Straftaten, unter ihnen auch die sensible Frage der Verfolgung von Straftaten, die von Staatsanwälten begangen wurden. Als die General-

staatsanwaltschaft die kompromisslose Haltung und den Erfolg des NABU realisierte, gab es dort erhebliche Besorgnis. Diese übertrug sich auf andere Zentren der Macht, die ebenfalls beunruhigt waren von der Unabhängigkeit der neuen Stelle, mit der sie sich nicht »arrangieren« konnten. Hauptsächlich konnte diese Dynamik in den Medien beobachtet werden, wo es jedes Mal, wenn bestimmte Ermittlungen erfolgversprechend wurden, Versuche gab, das NABU und seine Führungsriege über lancierte Artikel und verleumderische Reportagen zu diskreditieren.

Es hat auch Versuche gegeben, die Arbeit des NABU direkt zu behindern. Die Generalstaatsanwaltschaft hätte das NABU lahmgelegt, hätte sie alle alten Korruptionsfälle – insgesamt 25.000 – an das NABU übergeben. Das Parlament verabschiedete dann jedoch Änderungen der Strafprozessordnung, nach denen das NABU nur zu Korruptionsfällen ermitteln darf, die nach seiner Gründung stattgefunden haben. Bereits vorher eingeleitete Ermittlungen sollen von den staatsanwaltlichen Ermittlern bis zum Beginn des Gerichtsprozesses weiterbetrieben werden. Um die Bearbeitung neuer Fälle durch das NABU zu erschweren, versucht die Generalstaatsanwaltschaft trotzdem noch immer, Fälle an das NABU weiterzureichen, bei denen es nicht um Korruption geht, etwa den des ehemaligen Stellvertretenden Staatsanwalts Rinat Kuzmin und den des staatsanwaltlichen Ermittlers Serhij Woltschenko.

Ein weiteres Mittel zur Behinderung der Arbeit des NABU ist die Verfolgung von Verbrechen, die in den Zuständigkeitsbereich des NABU fallen, durch andere – staatsanwaltliche oder geheimdienstliche – Stellen, womit also Zuständigkeiten verletzt werden. Beispielsweise müssten die Ermittlungen gegen Oleksiy Momot, den Bürgermeister von Wischhorod, dem die Annahme eines ziemlich hohen Bestechungsgeldes vorgeworfen wird, eigentlich vom NABU betrieben werden und nicht von der Staatsanwaltschaft der Region Kiew, da von Anfang an bekannt war, dass das fragliche Bestechungsgeld mehr als 750.000 Hrywnja betragen hatte. Eine ähnliche Situation gibt es bei den Ermittlungen gegen die Leitung der Regionalverwaltung der Region Kiew. In solchen Fällen sollte das Gericht die eingereichten Beweise für unzulässig erklären, da sie nicht von der richtigen Stelle erhoben wurden, die Angeklagten sollten wegen Verfahrensfehlern freigesprochen werden.

In Bezug auf den Fall des wegen Bestechlichkeit angeklagten Stellvertretenden Gesundheitsministers Roman Vasylyschyn stellte Nazar Kholodnitski, der Leiter der speziellen Staatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung, fest: »Erneut können wir beobachten, wie Stellen, die dazu gesetzlich nicht legitimiert sind, lauthals die Festnahme eines hohen Staatsvertreters

wegen der Annahme von Bestechungsgeldern verkünden, damit eindeutig gegen die Gesetzeslage verstoßen und dann versuchen, den Fall unauffällig der Staatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung zu übergeben, damit die ihn zu Ende führt. Unsere Position hierzu ist eindeutig: Die Kiewer Staatsanwaltschaft soll Verfahren, die sie aufgenommen hat, auch zu ihrem logischen Ende führen – einem Gerichtsurteil.« Bis zum 18. Juli hatte die Staatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung mehr als zehn Fälle dokumentiert, die an das NABU weitergereicht werden sollten, nachdem andere Stellen mit den Ermittlungen begonnen hatten. Alle Fälle wurden an die entsprechenden Ermittlungsbehörden zurückgegeben.

Zusammenstöße der Ermittlungsbehörden

Es hat sogar direkte Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Strafverfolgungsbehörden gegeben. Am 5. August 2016 erschien der Stellvertretende Leiter der Generalstaatsanwaltschaft Dmitro Sus mit einer Operativen Ermittlungseinheit beim NABU, um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Es wurde ein Gerichtsbeschluss vorgewiesen, der als Grund für die Durchsuchung das illegale Abhören von Telefonaten einer Einzelperson im Rahmen einer NABU-Ermittlung benennt. Der Beschluss nennt jedoch weder die konkreten Vorgänge noch die verdächtige Person, was nicht den gesetzlichen Vorgaben entspricht, so dass der Durchsuchungsbeschluss illegal ist. Das NABU übergab den staatsanwaltlichen Ermittlern Kopien mehrerer Dokumente, die es »für relevant erachtete«, und verweigerte eine Durchsuchung. In der Nähe des NABU-Gebäudes versammelte sich binnen kurzer Zeit eine Gruppe von annähernd 2.000 Unterstützern. Später wurde bekannt, dass es um das illegale Abhören einer externen Person im Rahmen von Ermittlungen gegen den ehemaligen Staatsanwalt Oleksandr Kolesnyk ging, dem die Unterschlagung von Zucker im Wert von umgerechnet über 14 Mio. Euro vorgeworfen wird.

Am 12. August gab es Zusammenstöße zwischen Angestellten des NABU und der Generalstaatsanwaltschaft. Dmitro Sus hatte eine Überwachung bemerkt, die ihm und einigen Angestellten seiner Abteilung galt. Sie ging von einer Wohnung in dem ihrem Büro gegenüber liegenden Gebäude aus. In dieser Wohnung eruierten Angehörige von Sus' Abteilung den genauen Ort der Überwachungsanlage inklusive der technischen Ausrüstung zur Telefonüberwachung, anschließend stellten sie fest, wer die Überwachung durchführte, nahmen zwei Männer fest und verbrachten sie ins Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft. In der Zwischenzeit trafen Spezialkräfte des NABU ein und evakuierten zwei weitere Männer – NABU-Ermittler – aus dem Gebäude, die die

Staatsanwaltschaft noch nicht hatten festnehmen können. Sowohl der Leiter des NABU, Artem Sytnyk, als auch der Generalstaatsanwalt, Juri Luzenko, waren an diesem Tag nicht in Kiew. Beide wurden jedoch über die Vorgänge informiert, und Sytnyk rief Luzenko an, welcher versprach, die beiden festgenommenen NABU-Mitarbeiter freizulassen. Das Telefongespräch fand um 17 Uhr statt, die Anweisung des Generalstaatsanwalts führten die ihm unterstellten Mitarbeiter allerdings erst nachts aus. Beide Festgenommenen wurden gegen ein Uhr in NABU-Büros gebracht, beide waren in schlechter Verfassung, geschlagen und eingeschüchtert.

Es stellte sich heraus, dass die Vertreter der Staatsanwaltschaft die Männer elf Stunden lang festgehalten hatten, ohne die Festnahmen in irgendeiner Weise zu protokollieren. Persönliche Gegenstände sowie technische Geräte und Dokumente wurden ohne die Anwesenheit eines Zeugen beschlagnahmt. Die Festgehaltenen durften keinen Anwalt anrufen, wurden gefoltert, ihnen wurde gedroht, dass ihnen ein Auge mit einem Messer herausgeschnitten würde, sie wurden mit einem Sack über dem Kopf geschlagen und so weiter. Dabei war den Strafverfolgern bewusst, dass es sich um NABU-Angestellte handelte.

Artem Sytnyk und Juri Luzenko trafen sich später zu einem Informationsaustausch, nach dem Sytnyk erklärt hatte, dass das Vorgehen des NABU gesetzmäßig gewesen sei; die Überwachung hatte auf Grundlage einer richterlichen Anordnung stattgefunden, die sich

auf Informationen über mögliche Korruption durch Angestellte dieser Abteilung der Generalstaatsanwaltschaft bezog. Sytnyk fügte hinzu, solche Ermittlungstätigkeiten würden weiterhin stattfinden. Luzenko wiederum behauptete, beide Strafverfolgungsbehörden hätten rechtswidrig gehandelt, und ordnete eine Untersuchung des Konflikts durch den Geheimdienst an.

Sechs Wochen später wurden Sus und zwei Ermittler seiner Abteilung entlassen, das Ende der Untersuchung steht noch aus. Am 22. September verhaftete das NABU einen für besonders wichtige Fälle zuständigen Ermittlungsleiter aus der betroffenen Abteilung der Staatsanwaltschaft. Er wird verdächtigt, mithilfe von Amtsmissbrauch Sachwerte gestohlen zu haben.

Ausblick

Am 10. September 2016 erklärte Artem Sytnyk, dass für den Herbst eine Provokation und eine Massenkampagne gegen das NABU geplant seien, mit denen er und seine Kollegen jedoch angemessen umzugehen wüssten. Das NABU hat sich im Kampf gegen die Korruption als tatsächlich kompromisslos erwiesen, unabhängig von den politischen Verflechtungen der involvierten korrupten Personen. Seine Tätigkeit genießt zweifellos die Unterstützung westlicher Länder und ihm wird in der Ukraine ein größeres öffentliches Vertrauen entgegengebracht als jedem anderen ukrainischen Staatsorgan.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

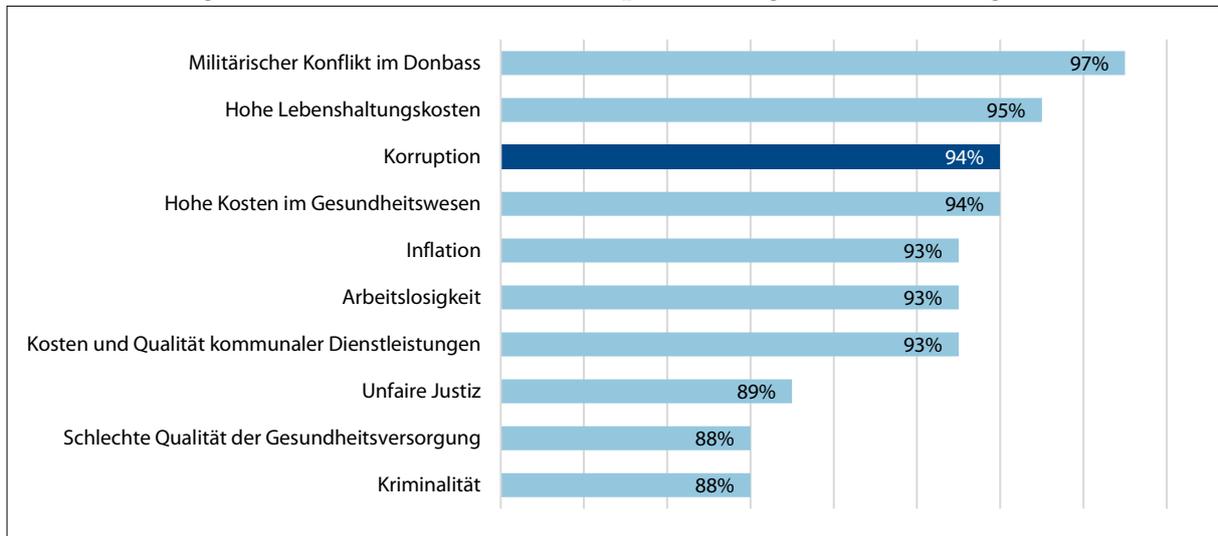
Über den Autor

Jewgenij Zacharow ist Direktor der Charkiwer Organisation für Menschenrechte. Außerdem ist er Mathematiker, Menschenrechtsaktivist, Journalist, Schriftsteller und Verleger.

UMFRAGE

Korruption und Korruptionsbekämpfung in der Ukraine 2007 bis 2015

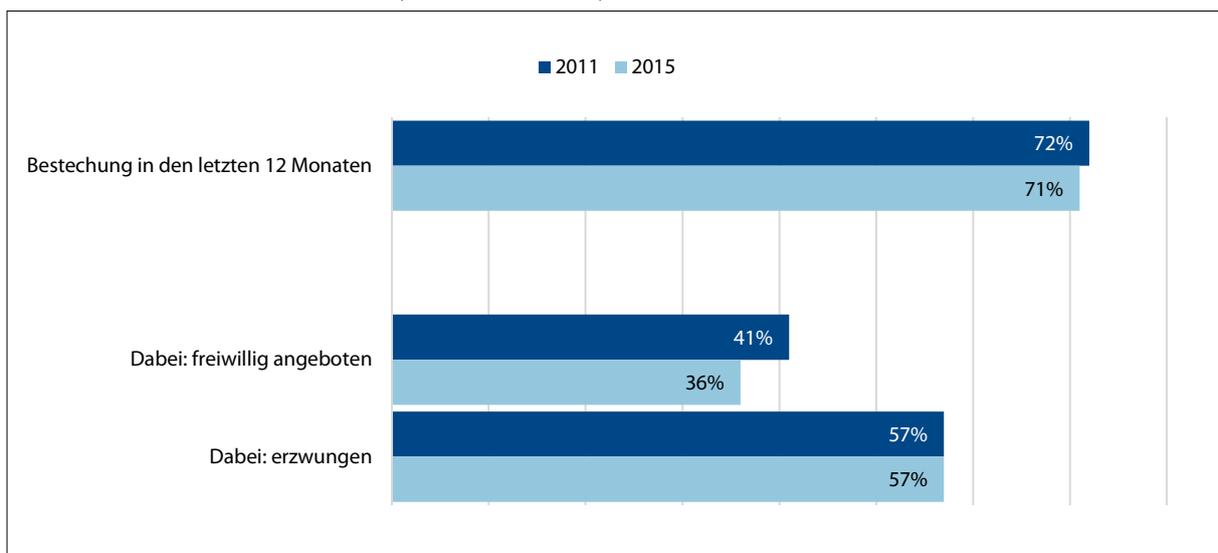
Grafik 1: Die größten Probleme des Landes (Top-10, Häufigkeit der Nennung 2015)



Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS): *Corruption in Ukraine. Comparative Analysis of National Surveys 2007, 2009, 2011 and 2015*, jeweils über 10.000 Befragte, 2015 ohne die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass. Die Studie ist im Internet abrufbar unter <http://kiis.com.ua/materials/pr/20161602_corruption/Corruption%20in%20Ukraine%202015%20ENG.pdf>

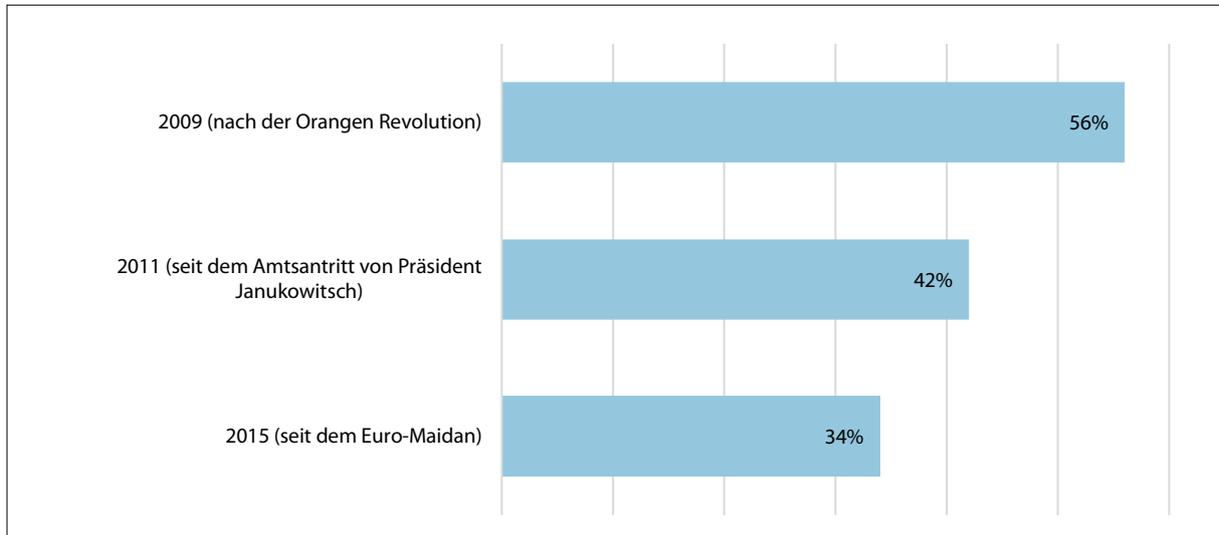
Grafik 2: Eigene Erfahrung mit Bestechungszahlungen unter Präsident Janukowitsch und nach dem Euro-Maidan (2011 bzw. 2015)



Anmerkung: Da viele der Befragten sowohl erzwungene als auch freiwillige Bestechungszahlungen geleistet haben, ist die Summe dieser beiden Unterpunkte größer als 100%.

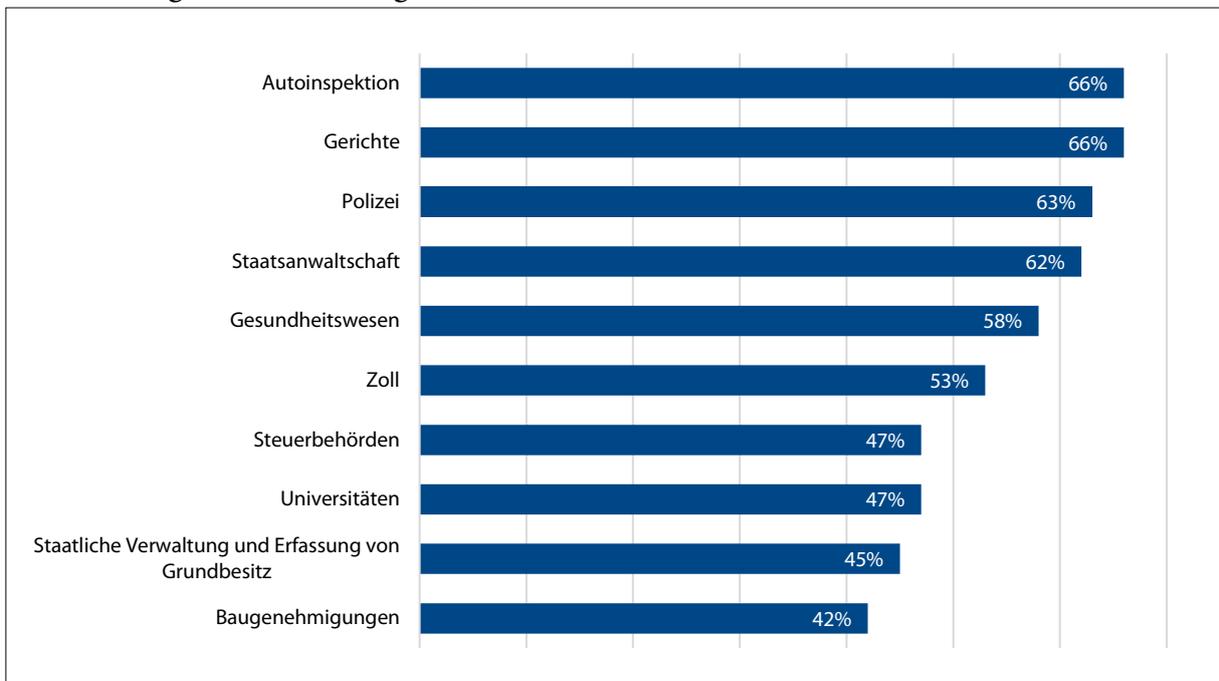
Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS): *Corruption in Ukraine. Comparative Analysis of National Surveys 2007, 2009, 2011 and 2015*, jeweils über 10.000 Befragte, 2015 ohne die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass. Die Studie ist im Internet abrufbar unter <http://kiis.com.ua/materials/pr/20161602_corruption/Corruption%20in%20Ukraine%202015%20ENG.pdf>

Grafik 3: Hat sich das Ausmaß der Korruption in der Ukraine in den letzten Jahren vergrößert? (Anteil der zustimmenden Antworten)



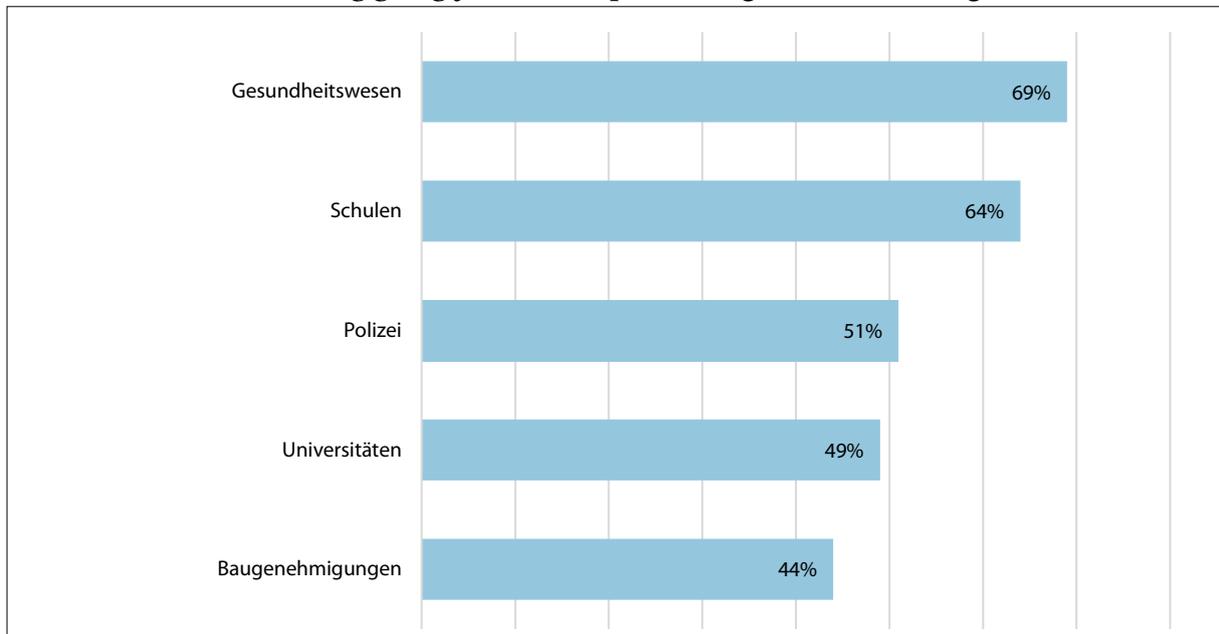
Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS): *Corruption in Ukraine. Comparative Analysis of National Surveys 2007, 2009, 2011 and 2015*, jeweils über 10.000 Befragte, 2015 ohne die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass. Die Studie ist im Internet abrufbar unter http://kiis.com.ua/materials/pr/20161602_corruption/Corruption%20in%20Ukraine%202015%20ENG.pdf

Grafik 4: Ist Korruption Ihrer Meinung nach in diesem Bereich weit verbreitet? (Top-10, Häufigkeit der Nennung 2015)



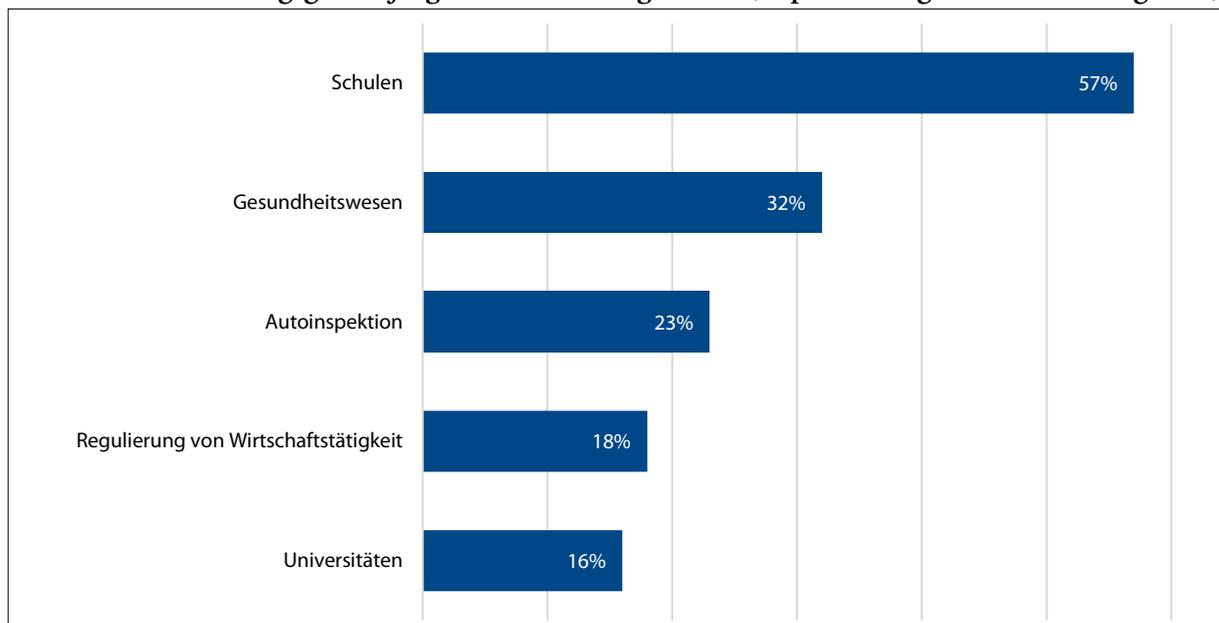
Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS): *Corruption in Ukraine. Comparative Analysis of National Surveys 2007, 2009, 2011 and 2015*, jeweils über 10.000 Befragte, 2015 ohne die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass. Die Studie ist im Internet abrufbar unter http://kiis.com.ua/materials/pr/20161602_corruption/Corruption%20in%20Ukraine%202015%20ENG.pdf

Grafik 5: Wurde von Ihnen oder Familienmitgliedern in diesem Bereich in den letzten 12 Monaten Bestechungsgeld gefordert? (Top-5, Häufigkeit der Nennung 2015)



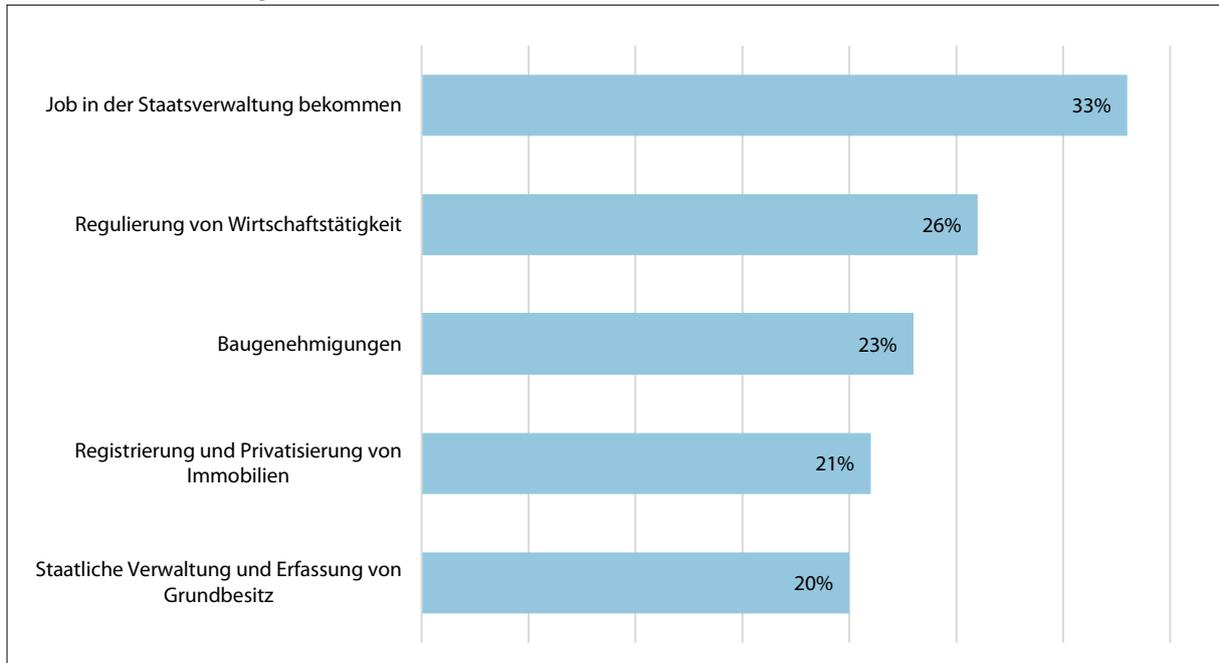
Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS): *Corruption in Ukraine. Comparative Analysis of National Surveys 2007, 2009, 2011 and 2015*, jeweils über 10.000 Befragte, 2015 ohne die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass. Die Studie ist im Internet abrufbar unter <http://kiis.com.ua/materials/pr/20161602_corruption/Corruption%20in%20Ukraine%202015%20ENG.pdf>

Grafik 6: Haben Sie oder Familienmitglieder in diesem Bereich in den letzten 12 Monaten Bestechungsgeld auf eigene Initiative angeboten? (Top-5, Häufigkeit der Nennung 2015)



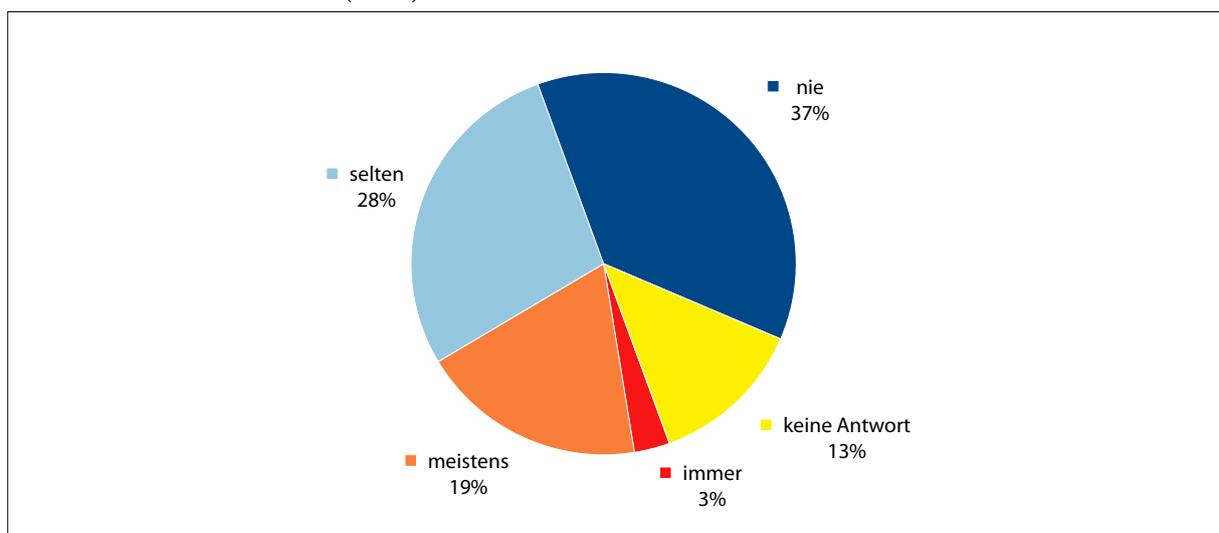
Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS): *Corruption in Ukraine. Comparative Analysis of National Surveys 2007, 2009, 2011 and 2015*, jeweils über 10.000 Befragte, 2015 ohne die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass. Die Studie ist im Internet abrufbar unter <http://kiis.com.ua/materials/pr/20161602_corruption/Corruption%20in%20Ukraine%202015%20ENG.pdf>

Grafik 7: Haben Sie oder Familienmitglieder in diesem Bereich in den letzten 12 Monaten *persönliche Kontakte* genutzt um einen Vorteil zu erhalten? (Top-5, Häufigkeit der Nennung 2015)



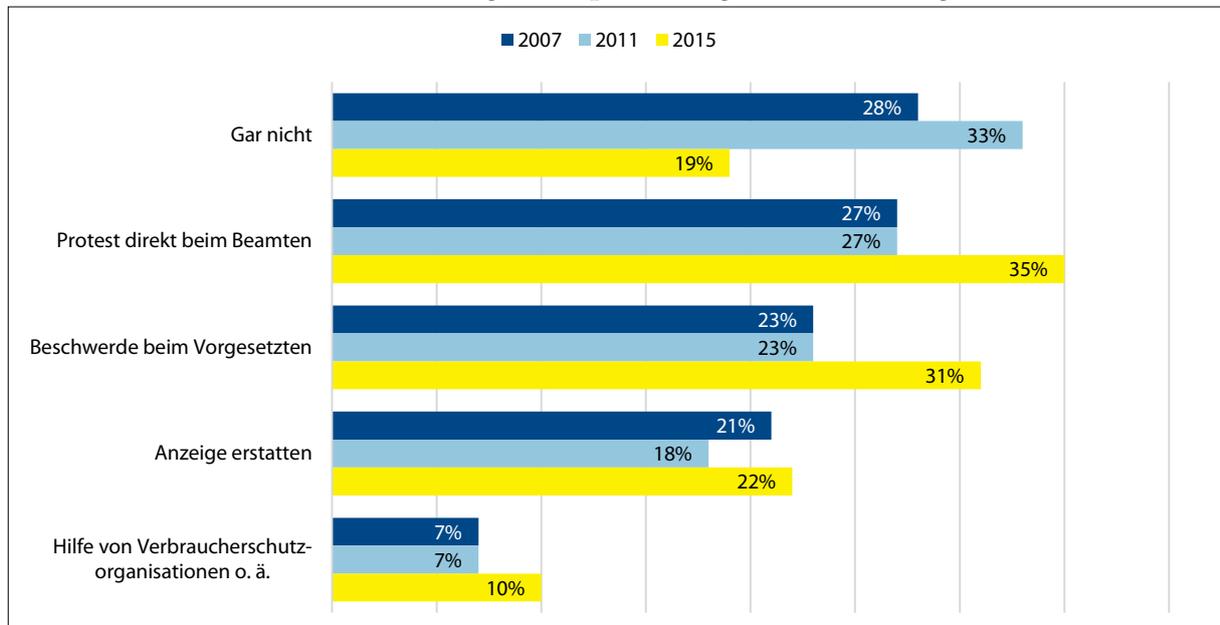
Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS): *Corruption in Ukraine. Comparative Analysis of National Surveys 2007, 2009, 2011 and 2015*, jeweils über 10.000 Befragte, 2015 ohne die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass. Die Studie ist im Internet abrufbar unter <http://kiis.com.ua/materials/pr/20161602_corruption/Corruption%20in%20Ukraine%202015%20ENG.pdf>

Grafik 8: Kann eine Bestechungszahlung gerechtfertigt sein, wenn sie hilft ein wichtiges Problem zu lösen? (2015)



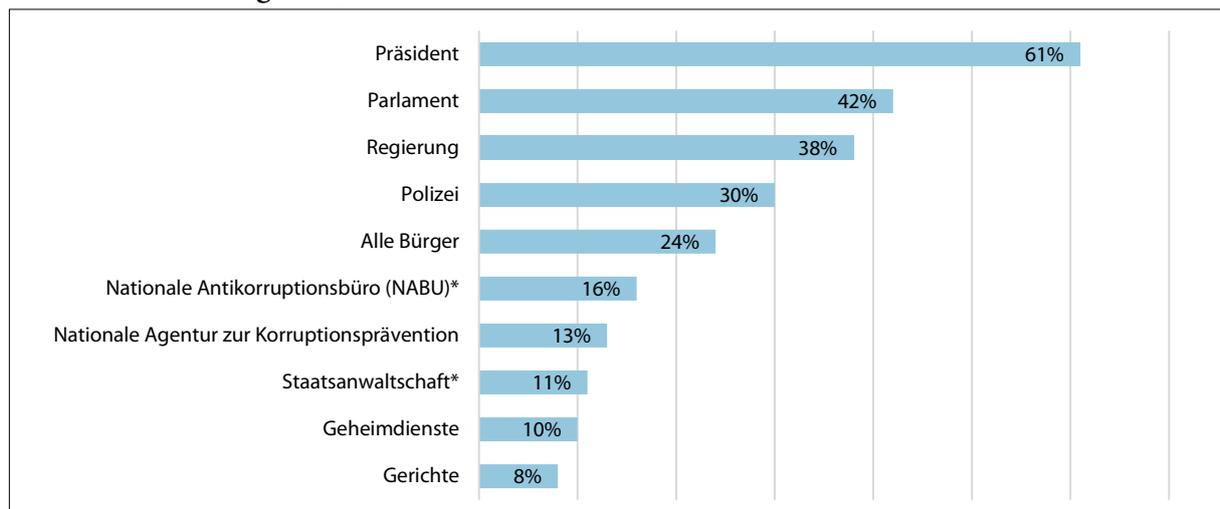
Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS): *Corruption in Ukraine. Comparative Analysis of National Surveys 2007, 2009, 2011 and 2015*, jeweils über 10.000 Befragte, 2015 ohne die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass. Die Studie ist im Internet abrufbar unter <http://kiis.com.ua/materials/pr/20161602_corruption/Corruption%20in%20Ukraine%202015%20ENG.pdf>

Grafik 9: In welcher Weise würden Sie ihre Rechte gegen ungerechtfertigte Forderungen von Staatsbediensteten verteidigen? (Top-5, Häufigkeit der Nennung 2007, 2011 und 2015)



Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS): *Corruption in Ukraine. Comparative Analysis of National Surveys 2007, 2009, 2011 and 2015*, jeweils über 10.000 Befragte, 2015 ohne die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass. Die Studie ist im Internet abrufbar unter http://kiis.com.ua/materials/pr/20161602_corruption/Corruption%20in%20Ukraine%202015%20ENG.pdf

Grafik 10: Wer ist verantwortlich für die Korruptionsbekämpfung? (Top-10, Häufigkeit der Nennung 2015)



Anmerkungen: Mehrfachnennungen möglich.

* Zum Zeitpunkt der Umfrage (August/September 2015) hatten das NABU und die Spezielle Staatsanwaltschaft für Korruptionsdelikte ihre Arbeit noch nicht aufgenommen.

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS): *Corruption in Ukraine. Comparative Analysis of National Surveys 2007, 2009, 2011 and 2015*, jeweils über 10.000 Befragte, 2015 ohne die Krim und die von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass. Die Studie ist im Internet abrufbar unter http://kiis.com.ua/materials/pr/20161602_corruption/Corruption%20in%20Ukraine%202015%20ENG.pdf

RANKING

Einschätzung des Ausmaßes von Korruption durch Experten

Corruption Perception Index

Erstellt von: Transparency International

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Die Daten beziehen sich auf die vorangegangenen 24 Monate

Erfasste Länder: derzeit 168

Internetadresse: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi

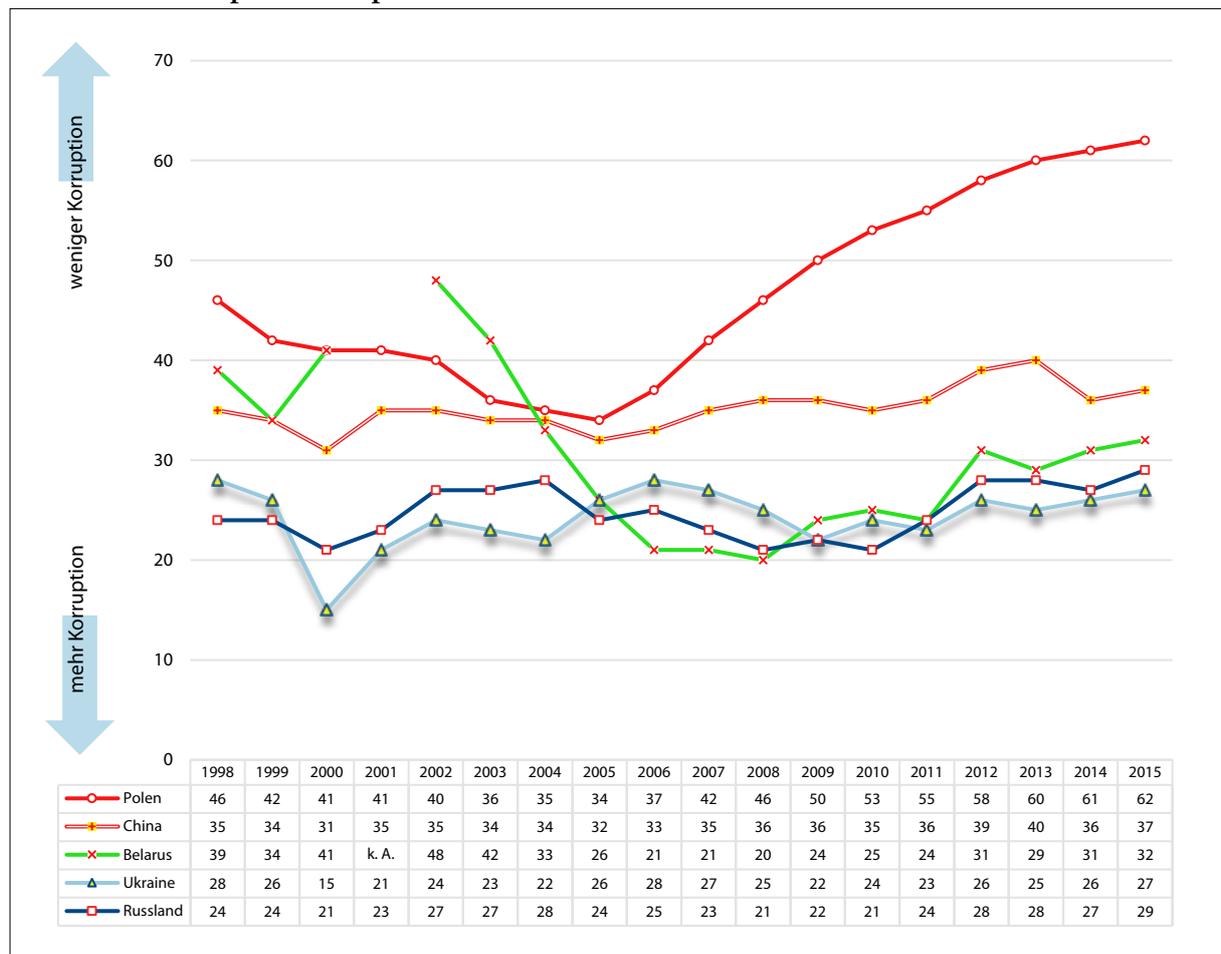
Update: zuletzt im Januar 2016

Kurzbeschreibung:

Der Index ergibt sich durch Auswertung von verschiedenen (pro Land mindestens drei voneinander unabhängigen) Datenquellen zur Wahrnehmung von Korruption im jeweiligen Land durch befragte Geschäftsleute und Experten.

Die Ergebnisse werden auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 100 (nicht korrupt) erfasst. Vor 2012 wurden die Ergebnisse auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt) erfasst. Um die Vergleichbarkeit der Daten zu ermöglichen, wurden die bisherigen Daten (2011 einschließlich) daher nachträglich mit dem Faktor 10 multipliziert.

Grafik 1: Corruption Perception Index 1998–2015



26. September – 9. Oktober 2016

26.09.2016	Der ehemalige Abgeordnete Oleksandr Onischtschenko erklärt, dass Präsident Petro Poroschenko mit seiner Hilfe versucht habe, den Fernsehsender 112 zu erwerben. In einer Stellungnahme der Präsidentschaftsverwaltung wird diese Aussage bestritten und Onischtschenko beschuldigt, von eigenen Verfehlungen abzulenken. Onischtschenko wird wegen Veruntreuung im großen Stil gesucht und hält sich zurzeit in London auf. Im Mai 2015 hatte der Chef und Eigentümer des Senders, Andryj Podschtschypkow, öffentlich beklagt, von Seiten des Staates unter Druck gesetzt zu werden, mit dem Ziel, einen Verkauf des Senders an regierungsnahen Unternehmer zu erwirken.
26.09.2016	Der Ausschuss des EU-Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres votiert für die visa-freie Einreise ukrainischer Staatsbürger in die EU.
27.09.2016	Der Verwaltungschef des von der Ukraine kontrollierten Teils des Gebietes Luhansk, Jurij Garbus, äußert Skepsis gegenüber der am 21. September 2016 getroffenen Vereinbarung zum Rückzug beider Seiten des Konflikts von der Frontlinie um je einen Kilometer. Zögen sich die ukrainischen Einheiten so weit zurück, bestünde die Gefahr, die Stadt Staniza Luhanska an die separatistischen Truppen zu verlieren. Unterdessen meldet die OSZE weitgehende Ruhe aus dem Gebiet, wo der Truppenrückzug bereits umgesetzt wird.
28.09.2016	Die internationale Ermittlergruppe unter niederländischer Führung veröffentlicht ihren Abschlussbericht zum Abschuss des Passagierflugzeugs der Malaysia Airlines im Juli 2014 über dem Donbass. Die Ermittler gelangen darin zu dem Schluss, dass die Maschine des Fluges MH17 aus dem Ort Perwomajsk abgeschossen wurde, der sich zu diesem Zeitpunkt unter Kontrolle der Separatisten befand. Der Abschuss sei mit einem Raketensystem vom Typ »Buk« erfolgt. Die betreffende Anlage sei aus Russland in das Gebiet gebracht und später dorthin zurück transportiert worden.
28.09.2016	Der Nationale Sicherheitsrat verabschiedet nachträgliche Änderungen im Budget für die Sicherheitsstrukturen der Ukraine für das Jahr 2016. Unter anderem erhält das Verteidigungsministerium zusätzlich 3,8 Milliarden Hrywnja (etwa 130 Millionen Euro), der Inlandsgeheimdienst SBU zusätzlich 128 Millionen Hrywnja (etwa 4,3 Millionen Euro).
29.09.2016	In einer Sondersitzung entlässt das Parlament 29 Richter wegen Verletzung des Amtseides. Abgeordnete des Oppositionsblocks nehmen nicht an der Abstimmung teil. Sie beklagen, dass entgegen den Vorschriften die betreffenden Richter nicht drei Tage im Voraus über die Abstimmung benachrichtigt worden seien.
29.09.2016	Das Oberste Gericht Russlands verbietet die Tätigkeit des Medschlis, der inoffiziellen Vertretung der Krimtataren. Grundlage ist die Gesetzgebung zur Bekämpfung von Extremismus. Das Gericht bestätigt mit dem Urteil die Entscheidung niedrigerer Instanzen.
30.09.2016	Angehörige der OSZE-Beobachtermission im Donbass beklagen, dass die Kontrolle mehrerer Gebiete aufgrund von Minen unmöglich sei. Beide Seiten würden die Minsker Vereinbarungen verletzen, indem sie in diesen Gebieten nicht die Sicherheit der Beobachter garantieren.
30.09.2016	Ihor Gryniw, Abgeordneter des Blocks Petro Poroschenko, bringt einen Gesetzentwurf ins Parlament ein, der einzelne Vermögensformen von der Veröffentlichung in den digitalen Vermögensdeklarationen von Beamten ausnehmen würde. Darunter fallen unter anderem Bargeld, Geschenke und sogenanntes bewegliches Eigentum wie Schmuck und Kunstwerke. Die Informationen könnten laut Gryniw auch für kriminelle Handlungen genutzt werden. Das Zentrum für die Verhinderung von Korruption, eine NGO, spricht sich gegen seinen Vorschlag aus. Er diene zur Verschleierung von Korruption.
01.10.2016	Quellen aus der »Volkrepublik Donezk« berichten, dass der Abzug der Einheiten der »Volkrepublik« von der Frontlinie in Petriwske im Gebiet Luhansk verschoben worden sei, da die ukrainische Seite keine Bereitschaft zum Abzug signalisiert habe. Aus der »Volkrepublik Luhansk« wird gemeldet, dass der beidseitige Abzug um die Stadt Staniza Luhanska bisher nicht gelungen sei. Der ukrainische Generalstab meldet hingegen aus Solote im Gebiet Donezk, dass der Abzug vollzogen worden sei. Am 21. September 2016 war in Minsk ein Abkommen verabschiedet worden, das an ausgewählten Punkten den Abzug der Kampfseinheiten von der Frontlinie um je einen Kilometer vorsieht.

01.10.2016	Vor einem Schiedsgericht in Stockholm fordert der staatliche ukrainische Energiekonzern Naftohaz vom russischen Energiekonzern Gazprom die Zahlung von 22 Milliarden US-Dollar. Die Summe setzt sich zusammen aus einer Forderung nach Kompensation für zuviel bezahltes Gas in Höhe von 14 Milliarden US-Dollar und ausstehenden Gebühren für den Gastransit nach Westeuropa (etwa acht Milliarden US-Dollar). Gazprom fordert seinerseits von Naftohaz eine Zahlung in Höhe von knapp 32 Milliarden US-Dollar für nach dem take-or-pay-Prinzip vertraglich zugesichertem, aber nicht abgenommenen Gas.
03.10.2016	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB beschuldigt in einer Pressemitteilung den ukrainischen Journalisten Roman Suschtschenko der Spionage. Suschtschenko war am Vortag in Moskau festgenommen worden. Laut FSB sammelte er im Auftrag des ukrainischen Militärgeheimdienstes GUR verdeckt Informationen über die russischen Streitkräfte und die Nationalgarde, deren Veröffentlichung im Ausland die Sicherheit Russlands gefährden würde. Gegenüber der Internetausgabe der Ukrainiska Prawda bestreiten Mitarbeiter des GUR, dass Suschtschenko für den Dienst gearbeitet hat.
03.10.2016	Das ukrainische Außenministerium bestätigt den Abzug der Streitkräfte von der Frontlinie in Solote im Gebiet Donezk – einem von drei vereinbarten Orten. In Petriwske im Gebiet Luhansk hingegen seien die Separatisten nicht bereit für den Abzug.
04.10.2016	Lilija Grinewitsch, die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, kündigt für 2017 eine Erhöhung der Lehrergehälter um monatlich 500 bis 1200 Hrywnja (etwa 17 bis 40 Euro) an. Die Höhe der Lohn-erhöhung soll dabei von der Qualifikation der Lehrer abhängig sein.
05.10.2016	Das Außenministerium warnt vor Reisen nach Russland. Zur Begründung wird angeführt, dass die Zahl ungerechtfertigter Festnahmen ukrainischer Staatsbürger in Russland angestiegen sei. Russische Sicherheitskräfte würden festgenommene Ukrainer häufig körperlich und psychisch misshandeln und ihnen den Zugang zu Anwälten und Vertretern des ukrainischen Staates verweigern. Der Vorsitzende der politischen Abteilung des Außenministeriums hatte bereits am Vortag von Reisen nach Russland abgeraten.
05.10.2016	Finanzminister Oleksandr Daniljuk erklärt, dass in Zukunft eine gestufte Erhöhung des Rentenalters nötig werden könnte. Zurzeit gebe es allerdings keine konkreten Pläne, und auch keine diesbezügliche Forderung des Internationalen Währungsfonds im Gegenzug für die bereitgestellten Hilfskredite.
06.10.2016	Die Fraktionen der Parteien im Parlament äußern sich zu einer möglichen Einführung einer Visapflicht für russische Staatsbürger. Während Vertreter von Vaterland, Selbsthilfe, Volksfront und der Radikalen Partei ein solches Gesetzesprojekt unterstützen, sprechen sich Vertreter des Blocks Petro Poroschenko und des Oppositionsblocks dagegen aus. Sie argumentieren, dass Russland im Falle der Einführung einer Visapflicht auch für Ukrainer Visa vorschreiben würde, was hunderttausenden in Russland beschäftigten ukrainischen Staatsbürgern schaden würde. Parlamentssprecher Andryj Parubij hatte eine Visapflicht gefordert, nachdem der ukrainische Journalist Roman Suschtschenko am 02. Oktober in Moskau festgenommen worden war.
06.10.2016	Das Parlament verlängert das Moratorium auf den Verkauf von landwirtschaftlicher Nutzfläche bis Ende des Jahres 2017. Präsident Petro Poroschenko hatte dagegen gefordert, den Verkauf von Land langfristig zu ermöglichen, um Investitionen in den Agrarsektor zu fördern. Auch der Internationale Währungsfonds hatte für die Auszahlung der nächsten Tranche seines Hilfspakets die Einbringung eines Gesetzesvorschlags für die Regelung des Marktes von Ackerland gefordert.
06.10.2016	Präsident Petro Poroschenko setzt die ehemalige Kampfpilotin und jetzige Abgeordnete der Partei Vaterland, Nadeschda Sawtschenko, als Gouverneurin im Gebiet Mykolajiw ein. Im Juni 2016 hatte er aufgrund eines Korruptionsskandals den dortigen Gouverneur Wadim Merikow entlassen.
07.10.2016	Ein ukrainischer Vertreter des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums erklärt, beide Seiten hätten den Abzug der Streitkräfte von der Frontlinie in Petriwske im Gebiet Luhansk vollständig vollzogen. Die OSZE-Beobachtermission bestätigt den Abzug, erklärt aber, dass sie aufgrund von Minen keinen vollständigen Zugang zum betreffenden Gebiet hatte.

08.10.2016	Die Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« kündigen den Beginn des Truppenabzugs von der Frontlinie bei Staniza Luhanska für den Folgetag an. Zuvor hatten beide Seiten einander beschuldigt, den gleichzeitigen Abzug zu verhindern.
09.10.2016	Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass der für diesen Tag geplante beidseitige Truppenabzug von der Frontlinie in Staniza Luhanska nicht stattfinden werde. In der Mitteilung gibt das Ministerium den Separatisten die Schuld daran, die, so der Vorwurf, zuletzt am 6. Oktober 2016 in der Gegend Waffen eingesetzt und so die Vereinbarung verletzt hätten. Die OSZE-Beobachtermission berichtet, sie sei von Angehörigen der ukrainischen Armee informiert worden, dass der Truppenrückzug nicht stattfinden werde. Vertreter der »Volksrepublik Luhansk« hätten angekündigt, am Folgetag für den Abzug bereit zu sein und der Mission dann eine entsprechende Mitteilung zu machen.
09.10.2016	Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau stellt der Ukraine einen Hilfskredit in Höhe von 150 Millionen Euro für die Modernisierung von vier Umspannwerken im Ostteil des Landes zur Verfügung. Die Summe ist Teil des Hilfspaketes der Bundesregierung in Höhe von 500 Millionen Euro, das im Jahr 2015 beschlossen wurde.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.  

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.  

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.  

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.  

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>